
N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Kultur- und Schulausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 19. Oktober 2009**, im Landratsamt Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz, Kleiner Sitzungssaal.

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Stellvertretungen im Ausschussvorsitz; Wahl eines 1. und 2. Stellvertreters	389/2009
2.	Bildungsregionen in Baden-Württemberg; Ausschreibung "Impulsprogramm Bildungsregionen" des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg	390/2009
3.	Mettnau-Schule Radolfzell; Einrichtung einer 2-jährigen Fachschule für Weiterbildung in der Pflege in Teilzeitform mit Schwerpunkt Gerontopsychiatrie zum 2. Schulhalbjahr 2009/10	392/2009
4.	Jugendberufshelfer im Landkreis Konstanz; Bericht über die Arbeitsergebnisse im Schuljahr 2008/09	391/2009
5.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
5.1	Berufsschulzentrum Radolfzell; Einrichtung einer 2-jährigen Berufsfachschule für Sozialpflege in Teilzeitform als Schulversuch ab dem Schuljahr 2009/10	

5.2 Berufsschulzentrum Radolfzell;

Einrichtung einer 3-jährigen Berufsschule für den Ausbildungsberuf "Technischer Produktdesigner" ab dem Schuljahr 2009/10

5.3 Berufsschulzentrum Radolfzell;

Einrichtung einer Poolklasse im Kaufmännischen Berufskolleg I für das Schuljahr 2009/10

5.4 Lehrstellenbörse 2009

5.5 Anmeldezahlen an den Beruflichen Schulen für das Schuljahr 2009/10

5.6 Berufsschulzentrum Stockach und Robert-Gerwig-Schule Singen;

Fremdevaluation

5.7 Sachstand Werkrealschulen

Vorsitzender

Hämmerle, Frank, Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder:

Amann, Karl

Baumgartner, Dietmar

Blum, Ralf

Brachat-Winder, Birgit

Engelmann, Klaus (als Vertreter für den entschuldigen **Lehmann, Siegfried**, MdL)

Fritschi, Alois

Hänßler, Peter

Jüppner, Manfred

Leipold, Brigitte

Luick, Prof. Dr., Rainer

Müller-Fehrenbach, Wolfgang

Pilz, Walter

Schmid, Andreas (als Vertreter für den entschuldigten **Denzel**, Wolfgang)

Volz, Tobias

Wehrle, Pius

Wolf, Peter

Entschuldigte

Binder, Hans-Peter

Denzel, Wolfgang

Lehmann, Siegfried, MdL

Stolz, Rainer

Auf besondere Einladung nehmen teil:

Ebenhoch, Andreas, Leiter des Amtes für Kreisschulen und Bildung beim Landratsamt Ravensburg (TOP 2)

Liebl-Kopitzki, Dr., Waltraut, Leiterin des Amtes für Schulen, Bildung und Wissenschaft der Stadt Konstanz (TOP 2)

Spellenberg, Frank, Jugendberufshelfer beim Berufschulzentrum Stockach (TOP 4)

Anwesende Schulleiter der Beruflichen Schulen

Bumiller, Gerhard (Zeppelin-Gewerbeschule Konstanz)

Happel, Gerhard (Mettnau-Schule Radolfzell)

Hensler, Manfred (Robert-Gerwig-Schule Singen)

Reichle, Günter (Berufsschulzentrum Radolfzell)

Regul, Lukas (Wessenberg-Schule Konstanz)

Von der Verwaltung nehmen teil:

Restle, Berthold

Seefried, Gabriele

Hagen, Eveline

Mundhaas, Roland

Roth, Manfred

Mühlich, Daniel, (Protokoll)

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die als Gäste anwesenden Schulleiterinnen und Schulleiter.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; ergänzend dazu verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. Stellvertretungen im Ausschussvorsitz:

Wahl eines 1. und 2. Stellvertreters

Nach einer kurzen Erläuterung der Vorlage durch den **Vorsitzenden** erfolgt die Abstimmung durch die Ausschussmitglieder.

Beschluss (einstimmig):

1. Die Mitglieder des Kultur- und Schulausschusses wählen die Stellvertreter entsprechend den Vorschlägen der Fraktionen der SPD (Kreisrätin BRIGITTE LEIPOLD) und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Kreisrat SIEGFRIED LEHMANN/MdL).
2. Der Reihenfolge im Ausschussvorsitz (SPD 1. Stellvertreter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2. Stellvertreter) wird zugestimmt.

2. Bildungsregionen in Baden-Württemberg:

Ausschreibung "Impulsprogramm Bildungsregionen" des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Der **Vorsitzende** führt in das Thema ein und heißt Herrn **Ebenhoch** vom Landratsamt Ravensburg, Amt für Kreisschulen, willkommen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Beruflichen Schulen im Landkreis auf Nachfrage signalisiert hätten, dass sie am Impulsprogramm kein Interesse haben. Grund dafür sei unter anderem, dass sich das Programm vorrangig an allgemeinbildende Schulen richte. Die Stadt Konstanz habe bereits Interesse bekundet, evtl. wolle sich auch die Stadt Singen beteiligen.

Der **Vorsitzende** begrüßt Frau **Dr. Liebl-Kopitzki** (Stadt Konstanz). Frau **Dr. Liebl-Kopitzki** teilt auf Nachfrage des **Vorsitzenden** mit, dass ein Konzept gemeinsam mit der Stadt Singen erarbeitet werde. Erste Gespräche haben bereits stattgefunden, das Projekt sei jedoch noch nicht näher konkretisiert worden. Nach Abstimmung auf Verwaltungsebene werden sich die städtischen Gremien mit der Thematik befassen.

Der **Vorsitzende** betont, dass derartige Projekte vom Landkreis grundsätzlich begrüßt werden – der Landkreis würde den Zuschuss an die teilnehmenden Städte und Gemeinde durchreichen, eine darüber hinaus erforderliche Finanzierung müsste durch die Gebietskörperschaften selbst erfolgen.

Es folgt die Präsentation von Herrn **Ebenhoch** (siehe Anlage 1).

Kreisrat **Müller-Fehrenbach** betont, dass eine Grundsatzentscheidung getroffen werden müsse. Außerdem möchte er geklärt haben, ob eine Konzentration auf bestimmte Städte bzw. Gemeinden und auf die Allgemeinbildenden Schulen wirklich sinnvoll sei. Die Einrichtung einer Bildungsregion hätte positive Auswirkungen auf jedes Kind. Außerdem habe er dem Vortrag entnommen, dass beim Landkreis Ravensburg die Fäden im Landratsamt zusammenlaufen. Er wolle wissen, welche Rolle die Geschäftsführen-

den Schulleiter spielen und ob auch die Realschulen und Beruflichen Schulen einbezogen seien oder nur die Grund- und Hauptschulen.

Die Kosten in Höhe von ca. 220.000 € übernehme der Landkreis – was trage das Land dazu bei?

Herr **Ebenhoch** führt aus, dass das Land ca. 45.000 € oder einen Pädagogen stelle. Die nicht gedeckten Kosten übernehme der Landkreis Ravensburg. Im Landkreis selbst seien alle Schulleiter involviert, auch die der Realschulen und Beruflichen Schulen. Außerdem stelle sich für ihn die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer Bildungsregion, wenn nur zwei Städte im Landkreis daran teilnehmen sollten.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Gemeinden in einem ersten Schritt kein Interesse geäußert hätten, so dass es bislang nur die Städte Konstanz und Singen als Teilnehmer gebe; eigentlich sei das Ganze ohnehin Aufgabe des Staatlichen Schulamtes. Außerdem müsse man bedenken, dass das Projekt nach drei Jahren ende und dann ziehe sich das Land vollständig aus der Förderung zurück. Der Landkreis engagiere sich bereits in vielen anderen Bereichen tatkräftig, wie zum Beispiel in der Lernenden Region Bodensee mit dem Ziel der Vernetzung der Bildungsangebote.

Er betont, dass er eine evtl. Teilnahme der Städte Konstanz und Singen begrüße und dass der Landkreis beim Ministerium einen entsprechenden Antrag stellen würde.

Kreisrat **Pilz** unterstreicht die Ausführungen des **Vorsitzenden**, dass dies eigentlich Aufgabe des Staatlichen Schulamtes sei und eine Landesaufgabe auf die Kreise verlagert werde; die Kultushoheit liege beim Land. Es fehle das klare Signal von Konstanz und Singen. Hier seien zunächst die Kommunen am Zug.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach** antwortet, dass das Staatliche Schulamt nicht für die Beruflichen Schulen und die Gymnasien zuständig sei; insofern könne man das nicht allein am Staatlichen Schulamt festmachen. Dieses benötige ggf. entsprechende Unterstützung.

Für Kreisrätin **Brigitte Leipold** steht fest, dass das Land das nur tue, um damit nach außen den Eindruck zu erwecken, das etwas getan werde. Im Übrigen wolle sie wissen, wie häufig sich die Schulleiter im Landkreis Ravensburg treffen, ob die Kindergärten mit eingebunden seien und ob es bereits konkrete Ergebnisse gebe. Außerdem bitte sie darum, den Begriff der „Bildungsgerechtigkeit“ an konkreten Ergebnissen festzumachen.

Herr **Ebenhoch** antwortet, dass sich die Schulleiter einmal pro Quartal treffen; die Kindergärten wären mit vertreten (und auch im Bildungsbeirat, den es ergänzend dazu gebe). Die Bildungsgerechtigkeit sei das übergeordnete Ziel, welches sich jedoch nur schwer messen ließe – als Erfolge könne man eine bessere Vernetzung, viele Partnerschaften und Patenschaften sowie enge Kontakte zwischen den Schulen nennen. Das Projekt selbst laufe im Landkreis Ravensburg seit ca. 4 Jahren. Darüber hinaus habe man einen Bildungsbericht herausgegeben, der alle drei Jahre erscheinen solle.

Kreisrat **Fritschi** führt aus, dass es sich um ein gutes Programm handle, er stimme einer Teilnahme zu. Die Städte Singen und Konstanz könnten starten und man solle es als Chance sehen, daraus etwas wachsen zu lassen.

Kreisrat **Baumgartner** stimmt Kreisrat **Fritschi** zu, ist allerdings wie Kreisrat **Pilz** der Auffassung, dass es grundsätzlich Aufgabe des Staatlichen Schulamtes bzw. des Landes sei, sich zu engagieren. Er stelle einen Antrag auf Vertagung, bis sich die Städte Singen und Konstanz entschieden hätten.

Frau **Liebl-Kopitzki** führt aus, dass die Städte Singen und Konstanz beginnen könnten und es daraus dann ggf. positive Effekte auch für die anderen Städte und Gemeinden

geben könnte – ein Beispiel sei das „Jahr der Wissenschaft“.

Kreisrat Prof. **Luick** betont, dass das Bildungsprogramm seiner Ansicht nach unterstützt werden sollte. Seine Fragen nach Anzahl der Bildungsregionen in Baden-Württemberg, Erfahrungen sowie Probleme wurden im Vortrag bzw. Gespräch geklärt.

Herr **Restle** gibt eine Übersicht über die Stimmungslage in den Landkreisen; 13 Landkreise tendieren zur Zustimmung, 10 Landkreise haben sich abwartend geäußert und 4 haben sich gegen eine Einrichtung der Bildungsregionen ausgesprochen.

Kreisrat **Wehrle** stellt fest, dass es bereits einen Erfahrungsaustausch gebe; namens der Fraktion FWV beantrage er eine Vertagung, bis sich die Städte Konstanz und Singen definitiv geäußert haben.

Für Kreisrat **Müller-Fehrenbach** gibt es sehr wohl Kriterien, an denen sich der Erfolg messen ließe: Entwicklung der Übergangsquote Grundschule/weiterführende Schulen, Sprachkompetenz, Abschlussquoten und –noten.

Kreisrätin **Brigitte Leipold** will wissen, ob sich bei der Nachfrage die Schulleiter oder die Bürgermeister bezüglich einer Teilnahme am Programm geäußert hätten; außerdem wolle sie nochmals wissen, wie sich die Schulleiter der Beruflichen Schulen positioniert hätten.

Herr **Hensler** bestätigt die Aussage des **Vorsitzenden**, wonach sich die Beruflichen Schulen gegen eine Mitwirkung am Programm Bildungsregion entschieden hätten. Sie befürchten viel Aufwand bei wenig Nutzen, insbesondere für die Beruflichen Schulen, da hier bereits gut funktionierende Netzwerke in allen Bereiche bestünden. Konkrete Projekte würden von den Schulen bereits heute pragmatisch und lösungsorientiert umgesetzt.

Auf Nachfrage von Kreisrätin **Brigitte Leipold** bestätigt Herr **Hensler**, dass sich die Beruflichen Schulen schon immer mit den Allgemeinbildenden Schulen abstimmen, insofern „blicke man bereits heute über den eigenen Tellerrand“.

Der **Vorsitzende** fasst die Diskussion zusammen, bedankt sich bei den Herren **Ebenhoch** und **Hensler** und formuliert folgende Beschlussvorschläge, denen zugestimmt wird:

Beschluss 1 (Mehrheit der Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung):

Der Kultur- und Schulausschuss begrüßt das Impulsprogramm Bildungsregionen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Beschluss 2 (einstimmig):

- 1. Der Landkreis Konstanz übernimmt im Rahmen des Impulsprogrammes die Funktion des Vermittlers und Antragstellers, falls sich Städte und Gemeinden im Landkreis an diesem Programm beteiligen (die Städte Singen und Konstanz haben sich bereits positiv geäußert).**
- 2. Der Landkreis Konstanz leitet die Landeszuschüsse für das Programm an die teilnehmenden Städte und Gemeinden weiter, stellt jedoch keine eigenen Haushaltsmittel zur Verfügung. Weitergehende Mittel müssen von den teilnehmenden Städten und Gemeinden selbst finanziert werden.**

3. Mettnau-Schule Radolfzell:

Einrichtung einer 2-jährigen Fachschule für Weiterbildung in der Pflege in Teilzeitform mit Schwerpunkt Gerontopsychiatrie zum 2. Schulhalbjahr 2009/10

Der **Vorsitzende** führt in das Thema ein und eröffnet die Diskussion.

Kreisrätin **Brigitte Leibold** stellt die Frage, wo Fachkräfte für Gerontopsychiatrie Arbeitsplätze finden könnten und ob mit solchen Einrichtungen auch Gespräche geführt worden seien.

Schulleiter **Happel** antwortet, dass solche Fachleute zum Beispiel in Krankenhäusern, Altenheimen oder in Praxen z. B. für psychische Krankheiten arbeiten könnten; er sehe auch aufgrund von Nachfragen einen wachsenden Bedarf. Es gebe auch Erhebungen der Einrichtungen selbst. Herr **Happel** betont, dass es insbesondere um eine Zusatzqualifizierung bereits im Berufsleben stehender Fachkräfte gehe, die dieses Wissen dann innerhalb der Einrichtung nutzen und weitergeben könnten.

Der **Vorsitzende** betont, dass dieses berufsbegleitende Angebot wichtig sei und man hier auch auf die Bedürfnisse der Pflegenden eingehe.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach** fragt an, ob die Arbeitnehmer mit der Zusatzqualifikation Anspruch auf eine bessere Bezahlung hätten, ob die Schule genügend Fachkräfte für den Unterricht habe und ob der Unterricht im Rahmen der zur Verfügung stehenden Deputate abgewickelt werden könne.

Herr **Happel** antwortet, dass bereits eine Zusage des Regierungspräsidiums Freiburg vorliege, wonach 4 Stunden über eine Nebenlehrerversorgung abgedeckt seien (zusätzlich zu 8 Std. Normaldeputat). Die Schule würde zur Zeit am Markt erkunden, ob und ggf. welche Fachkräfte zu haben seien. Herr **Happel** führt ergänzend aus, dass es wahrscheinlich schwierig wäre, die Fachkräfte bei einer Bezahlung nach dem TVL für den Unterricht zu gewinnen, dennoch werde das Berufsbild nachgefragt und deshalb müsse man versuchen, entsprechende Lehrkräfte zu gewinnen.

Kreisrat **Volz** teilt mit, dass es wichtig sei, dass die Absolventen nach der Fortbildung als Fachkräfte gefragt seien und fragt an, ob es weitere Anbieter im näheren Umfeld gäbe; Herr **Happel** stimmte dem zu und teilt mit, dass die Mettnau-Schule einziger Anbieter im Regierungsbezirk Freiburg sei.

Kreisrat **Fritschi** ergänzt, dass er mit zwei Pflegekräften über die Einrichtung der Fachschule gesprochen habe und dass sich beide positiv zu diesem Vorhaben geäußert hätten.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

1. **Der Einrichtung einer Fachschule für Weiterbildung in der Pflege in Teilzeitform mit Schwerpunkt Gerontopsychiatrie zum 01.02.2010 an der Mettnau-Schule Radolfzell wird gem. § 30 Schulgesetz zugestimmt.**
2. **Der Kultur- und Schulausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Kostenordnung des Landkreises Konstanz für die Erhebung von Schulgeldern an den Fachschulen vom 22.10.2001 wie folgt zu ergänzen:**
.....„Entgelt für die Fachschule für Weiterbildung in der Pflege mit Schwerpunkt Gerontopsychiatrie, Mettnau-Schule Radolfzell: Pro Semester (6 Monate) 180,-€“.

Hinweis:

Bezüglich Ziff. 2 handelt es sich um einen Empfehlungsbeschluss an den Kreistag.

4. Jugendberufshelfer im Landkreis Konstanz:

Bericht über die Arbeitsergebnisse im Schuljahr 2008/09

Nachdem der **Vorsitzende** in den Sachverhalt eingeführt hat, stellt Herr **Spellenberg** die Arbeitsergebnisse vor; sein Vortrag ist als **Anlage 2** beigefügt.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach** führt aus, dass die genannten Zahlen aufschlussreich seien und gut aussehen würden. Es gäbe demnach nur 4,5 Prozent Kontaktverweigerer und bei ca. 6 Prozent wäre das weitere Verfahren noch offen – damit sei eine sehr hohe Erfolgsquote von ca. 90 Prozent gegeben.

Herr **Spellenberg** bestätigt dies und betont die gemeinsame Leistung seines Teams, der Schulen und des gesamten Netzwerks.

Kreisrat **Wehrle** dankt Herrn **Spellenberg** für die gute Arbeit und die positive Quote. Er fragt nach, ob ein Vergleich mit den Zahlen vom Vorjahr möglich wäre. Herr **Spellenberg** sagt dies zu.

Kreisrätin **Brigitte Leibold** fragt an, ob es sich hierbei um absolute Zahlen handle und was man mit den Jugendlichen machen würde, die nicht mehr zur Schule gingen.

Herr **Spellenberg** antwortet, dass die Jugendberufshelfer oft von den Schülern direkt um Hilfe und Ratschläge gebeten werden; die Jugendberufshelfer könnten den Kontakt nur schwer herstellen, wenn dieser seitens der Jugendlichen nicht erwünscht sei. Man stünde aber auch in engem Kontakt zur Agentur für Arbeit und bemühe sich, den Jugendlichen Ausbildungsplätze zu vermitteln (125 Ausbildungsverträge wurden aktuell abgeschlossen). Die Abbrecherquote liege mit 15 % nur halb so hoch wie im Durchschnitt; das zeige, dass die Vermittlung in der Regel gut „gepasst“ habe.

Der **Vorsitzende** ergänzt, dass ihn interessiere, wie viele der Jugendlichen nach der Schule eine Ausbildung bzw. Lehre machen und wie viele von ihnen dann auch tatsächlich einen Arbeitsplatz erhalten. Er bittet Herrn **Spellenberg** darum, das in seinem nächsten Bericht einzubauen.

Kreisrat **Wolf** ergänzt, dass er ebenfalls wissen wolle, wie viele ehemalige Schüler vermittelt wurden, auch an weiterführende Schulen. Herr **Spellenberg** antwortet, dass man auch in diesem Bereich den Überblick habe.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn **Spellenberg**, seinem Team, den Schulen und Kammern sowie allen weiteren Beteiligten.

Beschluss:

Entfällt; die Mitglieder des Kultur- und Schulausschusses nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

5. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

5.1 Berufsschulzentrum Radolfzell;

Einrichtung einer 2-jährigen Berufsfachschule für Sozialpflege in Teilzeitform als Schulversuch ab dem Schuljahr 2009/10

Beschluss:

Entfällt

Herr **Restle** berichtet, dass der Kultur- und Schulausschuss in der Sitzung am 04.05.2009 der o. a. Einrichtung zugestimmt habe. Das Regierungspräsidium Freiburg habe mit Schreiben vom 02.07.2009 mitgeteilt, dass das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg der schulorganisatorischen Maßnahme zugestimmt habe. Mit dem Besuch der Berufsfachschule sei gleichzeitig eine Ausbildung zum/r Alltagsbetreuer/in möglich.

Im laufenden Schuljahr 2009/10 besuchen 19 Schülerinnen und Schüler die Schule.

5.2 Berufsschulzentrum Radolfzell;

Einrichtung einer 3-jährigen Berufsschule für den Ausbildungsberuf "Technischer Produktdesigner" ab dem Schuljahr 2009/10

Beschluss:

Entfällt

Herr **Restle** berichtet, dass der Kultur- und Schulausschuss in der Sitzung am 06.07.2009 der o.a. Einrichtung zugestimmt habe. Das Regierungspräsidium Freiburg habe mit Schreiben vom 10.08.2009 der schulorganisatorischen Maßnahme zugestimmt. Die Mindestschülerzahl betrage 16 Schüler/-innen.

Für das Schuljahr 2009/10 haben sich lediglich 8 Schülerinnen und Schüler angemeldet, sodass die Schulart nicht eröffnet werden konnte. Das Berufsschulzentrum Radolfzell wird die schulische Ausbildung im Schuljahr 2010/11 erneut anbieten.

5.3 Berufsschulzentrum Radolfzell;

Einrichtung einer Poolklasse im Kaufmännischen Berufskolleg I für das Schuljahr 2009/10

Beschluss:

Entfällt

Herr **Restle** berichtet, dass das Regierungspräsidium Freiburg aufgrund der hohen Anmeldezahlen in diesem Jahr der Einrichtung einer Poolklasse im Kaufmännischen Berufskolleg I für das Schuljahr 2009/10 zugestimmt habe. Die Klasse werde von 32 Schülern besucht.

5.4 Lehrstellenbörse 2009

Beschluss:

Entfällt.

Herr **Restle** berichtet, dass die Lehrstellenbörse am 15.09.2009 im Milchwerk Radolfzell stattgefunden habe. Sie wurde von ca. 170 Jugendlichen besucht.

Die Bundesagentur für Arbeit, die IHK, die Handwerkskammer, der Einzelhandelsverband und das Landratsamt Konstanz hätten zusammen rd. 220 Ausbildungsplätze zu vergeben. Viele Ausbildungsstellen im Hotel- und Gaststättenbereich als auch im Lebensmittelbereich seien noch offen. Die Beruflichen Schulen im Landkreis hätten noch 48 freie Schulplätze, vorwiegend für Hauptschulabsolventen. Frei seien ebenfalls noch einige FSJ-Stellen (Freiwilliges Soziales Jahr).

Probleme bereiten Realschulabgänger mit einem schlechteren Abschluss, die weder einen Ausbildungs- noch einen Schulplatz bekommen hätten. Viele von ihnen wären durch die zusätzlich bewilligte BK I – Klasse am Berufsschulzentrum Radolfzell untergekommen.

Problematisch seien, wie bereits im letzten Jahr, Qualifikationsdefizite bei manchen Jugendlichen, kein oder nur ein sehr schlechter Schulabschluss, geringe Deutschkenntnisse oder mangelnde Motivation. Auch differierten bei einigen Jugendlichen der Berufswunsch und die zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze, was die Chancen auf einen Ausbildungsplatz erheblich verringert habe. Insgesamt sei die Lehrstellenbörse jedoch ein Erfolg gewesen, man habe vielen Jugendlichen mit Rat und Tat helfen können.

5.5 Anmeldezahlen an den Beruflichen Schulen für das Schuljahr 2009/10

Beschluss:

Entfällt.

Herr **Restle** berichtet, dass dem Geschäftsführenden Schulleiter der Beruflichen Schulen im Landkreis, Herrn **Hensler**, die Überwachung der Berufsschulpflicht unterstellt sei. Seit diesem Schuljahr werde er hierbei von Frau Simone **Zauner**, Jugendberufshelferin, unterstützt.

Herr **Hensler** teilt mit:

- 1.600 Schüler wurden geprüft, davon sind ca. 300 Schüler nicht angekommen sowie ca. 200 Schüler nicht auffindbar – somit war der Verbleib von ca. 500 Schülern zunächst nicht nachvollziehbar.
- Daraufhin wurden die Eltern angeschrieben und nach dem Aufenthalt des Kindes befragt; die Reaktionen waren sehr unterschiedlich (von Ablehnung bis Zusammenarbeit)
- Danach verblieben noch 437 ungeklärte Fälle; diese wurden dann an die Kreis-schulen zur Prüfung weitergegeben.
- Aktueller Stand: Der Verbleib von 165 Schülern (von ursprünglich 500) ist nach wie vor offen, die Suche läuft weiter, auch über die Agentur für Arbeit.

Herr **Hensler** betont, dass von diesen nicht zu ortenden Schülern erfahrungsgemäß ca. 50 Prozent Realschüler seien. Die 18 jährigen Schüler seien in dieser Auflistung,

auf Nachfrage von **Kreisrat Müller-Fehrenbach**, nicht enthalten.

Zu den Anmeldezahlen für dieses Schuljahr in den beruflichen Gymnasien teilt Herr **Hensler** mit, dass sich die Lage aufgrund der zwei neu eingerichteten Eingangsklassen sehr entspannt habe und alle ernsthaften Bewerber untergekommen seien.

Bei den Anfängerklassen der Berufskollegs habe sich die Lage durch die neu eingerichtete Klasse am Berufsschulzentrum Radolfzell ebenfalls entspannt. Zum Schuljahresbeginn waren noch ca. 40 Bewerber vorhanden, von denen 32 einen Platz in der neuen Klasse erhalten haben. Derzeit seien nur noch wenige Einzelfälle nicht „versorgt“. Nach Aussage von Herrn **Hensler** konnte hier Abhilfe geschaffen werden, indem der Klassenteiler erhöht worden ist.

Der **Vorsitzende** führte abschließend aus, dass es sehr erfreulich sei, dass alle jungen Leute die sich für eine entsprechende schulische Ausbildung interessiert haben auch untergekommen seien.

5.6 Berufschulzentrum Stockach und Robert-Gerwig-Schule Singen;

Fremdevaluation

Beschluss:

Entfällt.

Herr **Restle** berichtet, dass der Landtag von Baden-Württemberg am 13.12.2006 das Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes verabschiedet und für die öffentlichen Schulen regelmäßige Verfahren der Selbst- und Fremdevaluation verbindlich gemacht habe, die der Qualitätsentwicklung in einer Schule dienen. Während die Selbstevaluation als Teil der inneren Schulentwicklung von der Schule selbst gesteuert werde, sei mit der Fremdevaluation, die in angemessenen zeitlichen Abständen durchgeführt werde, das Landesinstitut für Schulentwicklung, Stuttgart, als unabhängige Institution beauftragt.

Sowohl das Berufsschulzentrum Stockach als auch die Robert-Gerwig-Schule Singen seien in den vergangenen Monaten vom Landesinstitut für Schulentwicklung hinsichtlich ihrer Selbstevaluation geprüft und bewertet worden. Beide Schulen hätten sehr gut abgeschnitten; die Empfehlungen des Landesinstituts dienen nun der weiteren Qualitätsentwicklung an jeder Schule.

Herr **Restle** weist ergänzend auf die EMAS-Zertifizierung ("Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Betriebsprüfung" der Europäischen Union) der Zepelin-Gewerbeschule und der Wessenbergschule in Konstanz hin.

5.7 Sachstand Werkrealschulen

Beschluss:

Entfällt.

Herr **Restle** berichtet, dass der Landtag zwischenzeitlich die Einführung der Werkrealschulen ab dem Schuljahr 2010/11 beschlossen habe. Für die beruflichen Schulen würde dies eine enge Kooperation mit den 10. Klassen der Werkrealschulen, erstmals ab dem Schuljahr 2012/13, bedeuten. Die Schüler dieser Klassen sollen an 2 Tagen in der Woche eine Berufsfachschule ihrer Wahl besuchen.

Derzeit könne seitens des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-

Württemberg noch nicht abgeschätzt werden, wie viele Schülerinnen und Schüler die Werkrealschule besuchen werden bzw. welche Berufsfachschule gewählt werde. Da die beruflichen Schulen erst ab dem Schuljahr 2012/13 betroffen seien, werde das Kultusministerium die Zeit nutzen, die Werkrealschulen und die beruflichen Schulen auf die Zusammenarbeit vorzubereiten.

Der **Vorsitzende** ergänzt dass noch abgewartet werden müsse, wie sich dies auf die Sachkostenbeiträge und den Raumbedarf auswirken werde. Insbesondere im kaufmännischen Bereich sei es wirtschaftlicher und für die Schüler praktikabler, die Klassenräume in den Ursprungsschulen weiter zu nutzen als die Schüler mit Bussen an andere Schulen zu fahren. Dies müsse jedoch zu gegebener Zeit nochmals besprochen werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 17:00 Uhr.

Der Vorsitzende:

Für den Ausschuss:

Frank Hämmerle

Wolfgang Müller-Fehrenbach

Brigitte Leipold

Für das Protokoll:

Daniel Mühlich

Anlage 1 – Vortrag von Herrn EBENHOCH/TOP 2

Anlage 2 – Vortrag von Herrn SPELLENBERG/TOP 4